

# Was ich bei den Kirchen während der Corona-Pandemie vermisst habe

Das Buch „Angst, Glaube, Zivilcourage“ stellt in mehreren Beiträgen den Umgang von Politik, Wissenschaft und Kirchen mit der Corona-Pandemie auf den Prüfstand. Die ehemalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder kritisiert in ihrem Text die rigide Pandemiepolitik in Deutschland – insbesondere mit Blick auf Kinder und Jugendliche. Auch bei den Kirchen hat sie eine verantwortungsvolle Haltung vermisst. IDEA druckt einen Auszug.



**Kristina Schröder** ist Publizistin und Unternehmensberaterin. Von 2009 bis 2013 gehörte die CDU-Politikerin dem schwarz-gelben Kabinett unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an.

**W**ar da was in den Jahren 2020, 2021 und 2022? Für die meisten Menschen in Deutschland scheint zu gelten: Klar, eine Ausnahmesituation war sie schon, die Pandemie, aber so dramatisch war es nun auch wieder nicht, mal ein paar Wochen nicht ins Restaurant gehen zu können. Und seit dem Lockdown ist zum Glück mehr Homeoffice möglich. Dass die Kinder so viele Wochen nicht zur Schule gehen durften, das war natürlich ein Fehler, aber hinterher ist man immer klüger. Diese Haltung steht im seltsamen Kontrast dazu, dass sicherlich 98 % der Deutschen Anfang 2020 für unvorstellbar gehalten hatten, was kurz danach für mehr als zwei Jahre unseren Alltag geprägt hat: Die Polizei jagte mit einem Streifenwagen einen Jugendlichen durch den Hamburger Stadtpark, weil er „andere umarmte und abklatschte“.

Eltern durften 14 Tage lang unter Strafandrohung ihre Wohnung nicht verlassen, weil sich in der Klasse ihres Kindes ein anderes Kind mit einem für jüngere Menschen weitgehend harmlosen Virus infiziert hatte. Und unsere Bundeskanzlerin wollte „Himmel und Hölle in Bewegung setzen“, um Menschen, die ihren Osterurlaub auf Mallorca verbringen wollten, an der Ausreise aus Deutschland zu hindern.

Es waren offenkundig Exzesse des Autoritären – und das sage ich als langjährige ehemalige Innenpolitikerin der CDU, die oft für einen stärkeren Staat gefochten hat. Als ich aber sah, dass Deutschland bei den Öffnungen nach dem ersten Lockdown nicht wie die meisten seiner Nachbarländer mit Schulen und Kindergärten begann, sondern etwa Grundschulen nach Baumärkten, Fitnessstudios und Spielbanken irgendwo auf Rang 17 kamen, hatte ich das Gefühl, dass hier etwas grundsätzlich schief läuft.

### Abwägung als Kulturtechnik

Zwei Argumentationsmuster prägten weltweit die Pandemiepolitik, in Deutschland aber waren sie besonders dominant: Zum einen wurde fast jede Abwägung verweigert. Dabei sind Abwägungen eine fundamentale menschliche Kulturtechnik. Sehr oft gehört dazu auch die kalkulierte Inkaufnahme von Risiken. Wenn ich mit meinem Mann und unseren drei Töchtern ins Flugzeug

steige, um in den Sommerurlaub zu starten, nehme ich das Risiko eines Absturzes und damit sehr wahrscheinlich des Todes unserer Familie in Kauf. Ich bin dazu bereit, weil ich weiß, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Ereignisses extrem gering ist. Und weil sich das ersehnte Urlaubsziel anders kaum erreichen lässt. Der Nutzen eines schönen Familienurlaubs lässt mich also die Kosten – in Form eines extrem geringen, aber vorhandenen Risikos, auf dem Weg dahin ums Leben zu kommen – in Kauf nehmen. Abwägungen dieser Art stellen wir Menschen jeden Tag an, ohne sie wären wir gar nicht handlungsfähig.

In der Pandemie war die Forderung nach Abwägung plötzlich verpönt. Es galt fast ausschließlich das Ziel der Senkung der Infektionszahlen, weitere Zieldimensionen kamen in der Debatte kaum vor.

### Zielkonflikte waren offenkundig

Dabei waren die Zielkonflikte ja selbst dann offenkundig, wenn man nur den medizinischen Bereich betrachtete. Was für die Dämpfung des Infektionsgeschehens einen Nutzen gehabt haben mag, hatte fast immer auch negative Folgen: verschleppte Vorsorgeuntersuchungen, aufgeschobene Operationen, unterlassene Reha-Maßnahmen. Kinder und Jugendliche wurden in einer

wichtigen Entwicklungsphase vom Sport ferngehalten – viele werden nicht mehr zurückfinden und dies mit lebenslang schlechterer Fitness und Übergewicht bezahlen. Dies wird sie berechenbar Lebensjahre kosten – und diese müssen genauso zählen wie Lebensjahre, die durch eine COVID-Erkrankung verloren gegangen sind. Denn es kann in der ethischen Bewertung ja keinen Unterschied machen, ob Lebensjahre heute oder in 60 Jahren verloren werden, wenn diese Kinder im Rentenalter sind.

Dazu kommen die Zunahme von Suchterkrankungen, Angststörungen, Depressionen und Essstörungen. Um 40 % ist im ersten Jahr nach Ausbruch der Pandemie allein die Zahl der Krankenhauseinweisungen von jungen Menschen mit Magersucht gestiegen – und Anorexie führt in zehn bis 15 % der Fälle zum Tod. Es ist sehr wahrscheinlich, dass in Deutschland mehr junge Frauen an dieser maßnahmenbedingten drastischen Zunahme der Magersucht gestorben sind oder noch sterben werden als an Corona.

„Das konnte man ja nicht wissen“ zählt hier nicht – die psychische Vulnerabilität insbesondere Jugendlicher und junger Erwachsener ist basales psychologisches Wissen. Indem so getan wurde, als gäbe es da nichts abzuwägen, wurde de facto natürlich doch abgewogen – zuungunsten etwa einer ganzen Generation von Kindern und Jugendlichen. Die teils dramatischen Folgen für sie wurden weitgehend achselzuckend in Kauf genommen.

### „Das Virus diskutiert nicht“

Noch weniger beachtet wurden die Zieldimensionen nicht medizinischer, etwa sozialer, pädagogischer, ökonomischer, fiskalischer oder kultureller Art. Einzelne Stimmen, die darauf beharrten, dass eine Maßnahme, die in Sachen Infektionseindämmung einen Nutzen bringt, dennoch gesamtgesellschaftlich einen weitaus größeren Schaden anrichten könnte, wurden mit dem Hinweis „Das Virus diskutiert nicht“ herrisch vom Tisch gefegt.

### Totalitäre Instrumente

„Öffnungsdiskussionsorgien“ nannte es die Bundeskanzlerin, als Armin Laschet im Frühsommer 2020 auf die sozialen Verwerfungen infolge des Lockdowns hinwies. Während der gesamten Pandemie gab es ein Bündnis über die politischen Lager hinweg, und man gab gemeinsam den Ton an: Vertreter meiner Partei, die gerade in der Krise auf einen hart durchgreifenden Staat setzten, vereinten sich in dieser Hinsicht mit den politisch meist linksstehenden Anhängern einer NO-COVID-Ideologie, die zur Erreichung ihres Ziels („NO COVID“) auch vor teils totalitären Instrumenten nicht zurückschreckten. Diese breite Koalition prägte die öffentliche Meinung maßgeblich. Die Folge war eine Bevölkerung, die in Umfragen die Maßnahmen immer mit großer Mehrheit befürwortete oder eine Verschärfung forderte, und →

Kinder mussten über Monate  
in der Schule Masken tragen.



Wochen, vielerorts galten Beschränkungen für diese existenzielle Situation über Monate oder sogar Jahre. Auch dann noch, als längst klar war, dass man das Risiko einer Infektion durch Angehörige mit Hilfe einer Kombination von Schnelltest und FFP2-Maske auf ein Minimum drücken kann. Und nicht wenige Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Hospize sperrten Angehörige auch dann noch via Hausrecht aus, als der Staat dies gar nicht mehr verlangte. Eine Studie geht von über 300 000 Menschen aus, die in Deutschland während der Pandemie einsam und allein von dieser Welt gehen mussten.

Medien, die im Subtext fast immer fragten: „Reicht das?“, und so gut wie nie: „Ist das zu viel?“

### Der Zweck heiligte die Mittel

Neben der Verweigerung von Abwägung war ein zweites Argumentationsmuster ausgesprochen wirkmächtig: Der Zweck heiligt die Mittel. Rechtsphilosophisch als völlig inakzeptable Maxime anerkannt, war diese Logik in der Pandemie allgegenwärtig. Und so machten wir auch vor Grundrechten nicht halt, wenn es denn nur der guten Sache diene.

Da gab es etwa den 51-Jährigen, der an einem seltenen Gehirntumor litt und mit dessen Eltern ich im Kontakt stand. An der Universitätsklinik Greifswald gab es einen Experten, der vielleicht noch hätte helfen können und der den Fall auch übernehmen wollte. Doch die Klinik lehnte die Aufnahme des schwerkranken Patienten ab, der Corona-Krisenstab habe sich dagegen entschieden, „aufgrund der bekannten aktuellen Situation“, so das Schreiben der Klinik. In einer Reha-Einrichtung durften die Eltern ihren Sohn, der nicht mehr sprechen und nicht mehr schreiben konnte, auch mit Impfung, Test und Maske nicht besuchen. Er war allein. Erst wenige Tage vor seinem Tod konnten sie ihn zu sich holen.

Da gab es die Mutter, die ihr Kind 18 Stunden lang allein zur Welt bringen musste, der Vater durfte trotz negativen PCR-Tests aufgrund einer Kontaktquarantäne nicht zu ihr. Bis zum Einsetzen der Presswehen musste sie, obwohl negativ getestet, Maske tragen.

### 300.000 Menschen starben einsam

Und da gab es die unzähligen Menschen, die allein sterben mussten. Nicht nur in den ersten dramatischen

### 183 Tage Schulschließung

Insbesondere gegenüber Kindern und Jugendlichen dominierte dieses Denken, dass der Zweck die Mittel heiligt. Schlimmer noch: Sie wurden selbst zum Mittel für die Zwecke anderer gemacht. Denn glücklicherweise war ja von Anfang an klar: Gesunde Kinder und Jugendliche waren durch das SARS-CoV-2-Virus nie nennenswert gefährdet, darauf wies etwa die Deutsche Gesellschaft für pädiatrische Infektiologie hin.

Dies war auch dem Robert-Koch-Institut klar, wie wir aus den inzwischen veröffentlichten Protokollen wissen: „Kinder haben ein, im Vergleich zu anderen Atemwegserkrankungen, geringes Risiko für schwere Krankheitsverläufe“, hieß es im Protokoll vom 30. Juni 2021. Obwohl dieses Wissen verfügbar war, wurden Kinder und Jugendliche zwei Jahre lang erbarmungslos mit drastischen Maßnahmen überzogen. Es waren ja nicht nur die Schulschließungen, die in Deutschland mit 183 Tagen so lang wie in kaum einem europäischen Land dauerten.

### Gespentische Bedingungen

Da waren auch die gespenstischen Bedingungen, die an den Schulen herrschten, wenn sie mal offen waren. Alles, was fröhliche und prägende Schulzeit ausmacht, gab es nicht mehr: Projektwoche, Weihnachtskonzert, Schulfest, Bundesjugendspiele, Arbeitsgemeinschaften, Sportwoche, Praktikum, Chor, Schulschwimmen, Theateraufführung, Klassenfahrt, Abifeier. Alles gestrichen, zwei Jahre lang. Stattdessen Kontaktbeschränkungen, immer wieder Quarantäne, Tests, Eiseskälte im Winter durch gnadenloses Dauerlüften, Schulhöfe, die mit Flatterband in Segmente aufgeteilt waren, Einschulungen, bei denen nur ein Elternteil zuge-

lassen war und die Kinder ihren auf den Boden gemalten Kreidekreis nicht verlassen durften, versetztes Essen des Frühstücks im Schachbrettmuster und Verbote, den Radiergummi auszuleihen.

Und natürlich Masken. Unsere Mittlere wurde während der Pandemie eingeschult, sie musste, abgesehen von ein paar Wochen im Sommer, eineinhalb Jahre lang Maske tragen, so Lesen und Schreiben lernen. Jeden Tag, in Schule und Nachmittagsbetreuung, sieben Stunden lang, auch bei dreißig Grad im Schatten. In anderen Bundesländern mussten die Kinder dies sogar beim Sportunterricht. Es gab nur wenige Erwachsene, denen wir Vergleichbares zugemutet haben.

Dass Eltern oft glaubten, dies alles geschehe zum Schutz ihrer Kinder, erleichterte für die Politik die Sache ungemein, denn so gab es nur wenig nennenswerten Widerstand. In diesem guten Glauben ließen auch viele Eltern ihre Kinder impfen – oder sie schafften es einfach nicht, dem Druck standzuhalten.

### Der Segen des Bundesverfassungsgerichts

Denn in einigen Bundesländern, etwa Bayern und Hamburg, galt 2G (Geimpft oder genesen) auch für Jugendliche. 13-Jährige wurden vom Fußball oder vom Musikunterricht ausgeschlossen, weil sie nicht geimpft waren. Auf die Ständige Impfkommission (StiKo) wurde immenser politischer Druck ausgeübt, weil sie es lange wagte, darauf zu beharren, dass der medizinische Nutzen einer Impfung für ein Kind höher sein müsse als das Risiko eines dadurch verursachten Schadens. Schließlich beugte sie sich dem Druck und sprach eine Impfpflicht aus. Die Begründung sprach Bände: Die StiKo kam nur zu einem positiven Kosten-Nutzen-Verhältnis, indem sie das Ziel „Einschränkungen der sozialen und kulturellen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen abzumildern“ mit in die Waagschale legte. Dieser Taschenspielertrick zeigt: Kinder und Jugendliche wurden in der Pandemie benutzt. In der Hoffnung, dass andere Teile der Gesellschaft davon einen Nutzen haben, wurden ihnen drastische Dinge angetan. Da das Virus für sie weitgehend ungefährlich war, hatten sie praktisch keinen Nutzen von den Maßnahmen, aber beträchtlichen Schaden. Und darunter werden sie in manchen Fällen lebenslang leiden – das räumt auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil, in dem es den Schulschließungen seinen Segen gab, freimütig ein.

### Was von den Kirchen kam

Warum gab es in der Pandemie so wenig Widerstand? Warum duckte sich das Bundesverfassungsgericht durch Hunderte von Nichtannahmebeschlüssen in den ersten anderthalb Jahren der Pandemie so lange weg, dass dies selbst der ehemalige Präsident unseres höchsten deutschen Gerichts, Hans-Jürgen Papier, als „Rechtsschutzverweigerung“ bezeichnete? Warum kam nichts Nennenswertes vom Ethikrat – und auch nicht von den Kirchen?

Meine These ist, dass dies mit einer Erosion unseres Verantwortungsbegriffs zu dieser Zeit zu tun hat. Als verantwortungsbewusst galt der, der besonders viele Schutzmaßnahmen möglichst rigoros umsetzte. Derjenige, der auf die drastischen staatlichen Vorgaben freiwillig noch eine Schippe drauflegte. Dabei übernahm der, der so handelte, nach meiner Überzeugung gerade keine Verantwortung im eigentlichen Sinne.

### Konfirmation in der Pandemie

Ein Beispiel: In unserem Freundeskreis gab es während der Pandemie eine Konfirmandin. Von ihr wurde verlangt, getestet zum Unterricht zu kommen, dort mit Abstand zu sitzen und dennoch eine FFP2-Maske zu tragen. Der Pfarrer, der das unter Beifall oder zumindest Schulterzucken vieler Eltern angeordnet hatte, konnte so ruhig schlafen gehen: Sollte es unter diesen Bedingungen doch zu einer Infektion kommen, wird ihm niemand einen Vorwurf machen können.

Aber Verantwortung hat er damit gerade nicht übernommen. Die übernimmt ein anderer Pfarrer, der in dieser Situation abwägt, was er mit diesen Maßnahmen auf der sozialen, psychischen und pädagogischen Ebene anrichtet. Der das extrem geringe Risiko von Jugendlichen für einen schweren Verlauf betrachtet und auch, wie viele Gemeinschaftserlebnisse Jugendlichen bereits unwiederbringlich genommen wurden. Und der sich dann für einen moderaten Weg entscheidet, der den Jugendlichen neben Infektionsschutz eine möglichst unbeschwerte Zusammenkunft zu ermöglichen versucht. Das Risiko, dass es hier zu einer Infektion kommt, ist sicher etwas höher, dieser Pfarrer findet vielleicht schlechter in den Schlaf. Aber genau das bedeutet Verantwortung: Bewusst ein Risiko einzugehen, wenn man nach sorgfältiger Abwägung zu dem Ergebnis kommt, dass es insgesamt mehr Nutzen als Schaden bringt.

Genau diese Verantwortungsübernahme habe ich als Christin bei den Kirchen während der Pandemie vermisst. Dabei wäre das doch ihre originäre Aufgabe: Wer, wenn nicht sie, weiß, dass der Mensch „nicht vom Brot allein“ lebt – und eben nicht allein von physischer Gesundheit? ●



Sebastian Kleinschmidt,  
Thomas A. Seidel (Hrsg.)  
**Angst, Glaube, Zivilcourage**  
R. Brockhaus in der SCM  
Verlagsgruppe  
288 Seiten  
ISBN 978-3-417-02069-4  
25 Euro